

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Auswärtigen

In Verbindung mit Ernst BÄCH, MdL · Pfarrer Alfons KREUSSEL, MdL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER · Bundesministerin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

9. Jahrgang, Nummer 12

Z 2753 E

Bonn, im Dezember 1961

INHALT

GLAUBEN UND ARBEITEN

von Otto Dibelius S. 1

DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND

von Friedhelm Baukloh S. 6

FÜHRER UND FUNKTIONAR IN DER DEUTSCHEN POLITIK

von Hermann Ehlers S. 9

ABSCHAFFUNG GOTTES?

Eine Buchbesprechung von Johannes Kurt Klein S. 11

GLAUBEN UND ARBEITEN

von Bischof D. Dr. Otto Dibelius

Die nachfolgenden Abschnitte sind mit freundlicher Genehmigung dem soeben im Kreuz-Verlag, Stuttgart, erschienenen Buch entnommen: „Ein Christ ist immer im Dienst — Erlebnisse und Erfahrungen in einer Zeitenwende“ (338 Seiten, 13 Kunstdrucktafeln, Leinen DM 16,80).

Er habe keine Zeit, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben, hatte der Bischof von Berlin-Brandenburg immer gesagt, so oft ihn seine Freunde drängten, und dieses Buch kann auch nicht mit den Memoiren anderer großer Männer verglichen werden: sein Autor ist gar nicht mit den achtzig Jahren seines Lebens, sondern ausschließlich mit der Sache dieses Lebens beschäftigt. Das eigene Leben gibt dem Verfasser von Kapitel zu Kapitel immer nur Anlaß, den Blick auf die großen Zusammenhänge zu richten, prinzipielle Aussagen zu machen und Erwägungen über den Weg der Kirche anzustellen, der seine ganze Liebe gehört. Er litt wie wenige andere an der gegenwärtigen Gestalt dieser Kirche und arbeitete an ihrer Erneuerung. Sein Buch ist das Testament dieser Arbeit. Eine Kirche, die zu sich selber finden will, wird sich mit diesem Dokument auseinandersetzen müssen.

Ungezählten Menschen war während der letzten Jahrzehnte das Beste, das, was den Menschen erst zum Menschen macht, verlorengegangen — zunächst durch die sprunghafte Entwicklung der Technik, dann durch den Nationalsozialismus, dann durch die Kriegsjahre. Sie waren nicht mehr ansprechbar für die Stimmen des Gewissens, des Glaubens, der inneren Freiheit. Und nun prasselte die Propaganda des Materialismus vom Osten her auf sie hernieder — nicht mehr mit Gottlosennumzügen wie in der Weimarer Zeit, sondern in stiller, aber uner-

bittlicher und umfassender Schulung, der sich niemand entziehen konnte. In der Verfassung der DDR hatte es noch geheißen: „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“, und: „Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt.“ Seit 1958, nachdem Walter Ulbricht zu diktatorischer Gewalt gekommen war, wurde offen erklärt: Der Staat der Deutschen Demokratischen Republik ist atheistisch. Wer nicht Atheist ist, kann in diesem Staat weder Lehrer noch

Funktionär werden und darf keine öffentliche Tätigkeit ausüben. Der Christ war in der Deutschen Demokratischen Republik Bürger zweiter Klasse geworden.

Wie sollte da geholfen werden? War die Stunde da, in der Luthers Weissagung von dem fahrenden Platzregen sich erfüllte, der nicht wieder dahin kommt, wo er einmal gewesen war? Hieß es jetzt ernstlich und endgültig für den Christenglauben in Deutschland, der einst die Kraft eines ganzen Volkes gewesen war: Hin ist hin?

Denn darüber konnte bei uns kein Zweifel sein: von der urwüchsigen Kirchlichkeit, wie sie das katholische Polen kannte oder wie sie in Schottland noch vor hundert Jahren zu spüren gewesen war, war bei uns, im deutschen Osten, nicht die Rede. Was sie an ihrer Kirche hatten, das hatten unsere Gemeindeglieder nie gelernt. Sie waren alle geneigt, „im Herzen“ Christen zu bleiben, nach außen aber nichts davon zu verraten. Um ihres Glaubens und um ihrer Kirche willen die äußere Existenz aufs Spiel zu setzen, dazu waren immer nur einzelne bereit.

Es ist uns in allen diesen Jahren sehr ernst zumute gewesen.

Ein Bischof muß sich von Illusionen freihalten und darf doch nicht dem Pessimismus verfallen. Er muß glauben und muß arbeiten! In diesen Jahren habe ich die Größe des Propheten ermessen gelernt, dem mit gnadenloser Klarheit gesagt wird, daß seine Arbeit völlig vergeblich sein wird, und der dennoch spricht: „Herr, sende mich!“ (Jesaja 6). Mein eigener Wahlspruch wurde damals, was im 13. Kapitel der Offenbarung des Johannes geschrieben steht: „Hier ist Geduld und Glaube der Heiligen!“ ...

Keine Tür zum Kommunismus

Nun meine niemand, die Leitung der Evangelischen Kirche habe sich dem kommunistischen System von Anfang an verschlossen und habe alles, was vom Osten kam, von vornherein als des Teufels Geschäft verabscheut. Genau das Gegenteil war der Fall. Wir waren entschlossen, die Dinge nicht wieder so gehen zu lassen wie damals, als die sozialistische Bewegung auf eine Kirche stieß, die ihr nicht gerecht werden konnte. Wenn jetzt die Kommunisten über uns kamen — war das nicht doch auch eine Fügung Gottes, aus der wir zu lernen hatten?

Wir taten Herzen und Sinne weit auf und überlegten immer wieder, wo wir ehrlich umlernen könnten. Hatten wir uns um den Arbeiter genug bemüht? Mußten wir nicht unsere alten Vorstellungen vom privaten Eigentum an der Hand des Neuen Testaments überprüfen? Hatten wir nicht der Familie größeres Gewicht beigemessen, als ihr nach dem ursprünglichen Evangelium zukam? War nicht das, was wir unter Freiheit verstanden, viel zu einseitig „bürgerlich“ gedacht? Mußten wir nicht unsere gesamte Lebenshaltung vom Evangelium her bis auf den letzten Grund neu durchdenken, und hatte uns nicht Gott dazu — und wirklich: dazu! — die Russen geschickt?

Ich habe diese Fragen wieder und wieder erwogen. Ich hatte den Westen und den Osten jeden Tag vor Augen. Was ich im Westen erlebte — gewiß, es war eine vertraute Welt, die langsam wieder in gewohnte Geleise zurückfiel. Aber das Gesamtbild, das sie bot, war alles andere als erfreulich. Eine Jugend, deren Schlagwort jahrelang hieß: „Ohne mich!“ Überall die Sucht nach Geld und Vergnügen. Eine Arbeiterschaft ohne Ideale. Verfall der Ehe. Verfall der sittlichen Bindungen. Zeichen der Zeit: die Riesenaufgaben der Illustrierten, mit denen die bürgerliche Welt ihrer allmählichen Verblödung nachhalf. War das, was der Osten brachte, nicht doch besser, gesünder, innerlich wahrhaftiger als diese westliche Welt? In langem Kampf mit mir selber bin ich zu dem Ergebnis

gekommen, daß — wie die überlieferte und die gegenwärtige Lebenshaltung des Westens auch beurteilt werden mag — der Christ jedenfalls nie bei der kommunistischen Lebensanschauung stehen kann. In den Fragen des Eigentums, der Familie, der Freiheit ist bei dem, was sich in zweitausend Jahren entwickelt hat, der Einfluß des christlichen Evangeliums wirksam gewesen, direkt oder indirekt. An diesen Einfluß muß der Christ immer wieder anknüpfen können, wenn es ihm um die Erneuerung des Volkslebens geht. Der radikale Marxismus aber ist materialistisch durch und durch. Sozialismus ist, wie die Gegenwart zeigt, möglich, ohne daß man sich der Weltanschauung von Karl Marx verschreibt. Der Kommunismus ist es nicht. Wenigstens zur Zeit nicht. Ob sich die Dinge später einmal anders gestalten, kann dahingestellt bleiben. Zur Zeit jedenfalls findet die Welt, in der der Christ heimisch ist, nirgends, aber auch nirgends eine Tür, durch die sie eintreten könnte. Die Mauer des Materialismus ist geschlossen, lückenlos. Wer sich dem Kommunismus verschreibt, dem bleibt nur noch der bedingungslose Gehorsam gegen den „großen Bruder“, und zwar auf allen Gebieten des Lebens, den äußeren und den inneren. Für den großen Bruder aber existiert nur die Macht. Zu diesem allem kann der Christ nur sein Nein sprechen.

Selbst das Argument hielt nicht stand, daß der Kommunismus doch jedenfalls für Rußland eine Befreiung gewesen sei — das oft zitierte „befreiende Gewitter“, also christlich gesprochen: das Gericht Gottes, das seiner Gnade den Weg bereitet! Am Studium der russischen Revolution sind mir erst die christlichen Maßstäbe erwachsen für alles, was blutige Revolution heißt. Ich verkenne die aufpeitschende Wirkung der großen Revolutionen der Geschichte nicht. Was sie gebracht haben, soll nicht unterschätzt werden — so sicher es auch ist, daß diese „Errungenschaften“ meist auch ohne die Revolution gekommen wären, wenn auch erst später, vielleicht erheblich später. Aber der Christ kann nur in Menschen-seelen denken. So unfassbar das auch dem Denken unserer Tage klingen mag — die ganze sprunghafte Industrialisierung Rußlands und Chinas ist dem Christen die Todesschreie der Menschen nicht wert, die diese Industrialisierung gekostet hat.

Nach langem Durchdenken habe ich als Siebzigjähriger gelernt, zum Kommunismus und zu allem, was der Kommunismus denkt und tut, nein zu sagen — das „Everlasting no“ aus dem Sartor Resartus von Thomas Carlyle. Ich habe es gelernt — nicht aus politischen Gründen, sondern um des christlichen Glaubens willen. Um dieses Glaubens willen konnte es nicht darum gehen, mit Gründen der Vernunft abzuwägen, was etwa an der kommunistischen Gesellschaftsordnung gut oder weniger gut sei. Sondern es galt, zur Wurzel durchzustoßen und den Geist zu erkennen, der in allem lebendig war. Dieser Geist aber war die radikale Säkularisierung der menschlichen Existenz und, damit folgerichtig verbunden, die Ausmerzungen jeglicher Bindung an etwas Überweltliches, insbesondere an den christlichen Glauben. Das war keine zufällige Beigabe, an der man vorbeisehen konnte, wenn man zu der Gesamtbewegung Stellung nehmen wollte; sondern es war in allem lebendig, was in der kommunistischen Welt geschah. Daß ein Professor der Theologie, wie mein Freund Hromádka in Prag, die Losung ausgeben konnte, die Kirche müsse den Atheismus des Ostens als nicht existent betrachten, ist mir unverstänlich geblieben.

Aus diesem Grunde — allein aus diesem Grunde! — mußte die christliche Kirche ihr Nein sprechen, klar und unüberhörbar. Denn hier hatte sie eine Verantwortung.

Ich bin niemals stur gewesen, weder im Ja noch im Nein. Aber gegenüber denen, im Westen wie im Osten, die

alles zu verharmlosen geneigt sind, mußte zunächst einmal das Nein deutlich herauskommen. Und dann konnte es Gott überlassen werden, ob in der Zukunft einmal dieses Nein als überholt zu gelten haben würde ...

Zusammenstehen ohne Kompromisse

Die Kette der Konflikte riß niemals ab. Immer wieder gab es Verhaftungen, Verbote von Zeitschriften, von Veranstaltungen, Maßnahmen gegen Schüler und Studenten — es hörte niemals auf.

Die ernsteste Sorge in diesem ständigen Kalten Krieg war die, ob es gelingen werde, die Pfarrerschaft von dem Einfluß der kommunistischen Ideologie freizuhalten. Die Kommunisten versuchten es mit denselben Methoden, mit denen es die Nationalsozialisten versucht hatten. Aber es zeigte sich, daß für eine Bewegung wie die der „Deutschen Christen“ — zunächst wenigstens — alle Voraussetzungen fehlten. Die Pfarrerschaft hatte mit dem totalen Staat ihre Erfahrungen gemacht und hatte gelernt, daß die einzige Rettung vor der erdrückenden Macht des Totalstaates darin liege, daß die Christenheit fest und ohne Kompromisse zusammenstehe. Die Nationalsozialisten hatten anfänglich beteuert, daß sie ein „positives Christentum“ vertreten würden, und hatten damit auf viele Eindruck gemacht. Davon war bei den Kommunisten nicht die Rede. Hier war von vornherein klar, daß es um einen Gegensatz ging. Der Versuch, evangelische Geistliche in größerer Zahl für das kommunistische Regime zu gewinnen, mußte scheitern.

Man versuchte es trotzdem. Die Brücke sollte dadurch geschlagen werden, daß man scheinbar neutrale Organisationen aufzog und für diese die evangelischen Geistlichen mobil zu machen suchte. Bald hieß es: „Nationale Front“ oder „Zusammenschluß der Friedensfreunde“ oder so ähnlich. Die Ministerpräsidenten suchten die Pastoren persönlich auf und schickten ihnen ihre Dienstwagen, um sie zu Versammlungen zu holen. Es war ein völliger Fehlschlag. Die Pfarrer kamen nicht.

Nun versuchte man es auf andere Weise. Man machte sich an solche heran, die Nationalsozialisten gewesen waren oder die mit irgendwelchen Bestimmungen des neuen Staates in Konflikt geraten waren: es solle alles vergeben und vergessen sein, wenn sie sich verpflichteten, Spitzelberichte zu liefern: über Äußerungen des Bischofs und der Generalsuperintendenten, über Besprechungen im Konsistorium und in Pfarrkonventen ...

Wir verlangten von jedem Pfarrer, daß er zu solchen Zumutungen frei und offen sein Nein sprechen solle, und sagten voraus, daß ihm dann nichts passieren werde. So ist es auch fast ausnahmslos gegangen. Sobald sie auf eine charaktervolle Haltung stießen, zogen sich die Agenten des Staatssicherheitsdienstes zurück — obwohl es nicht ganz an Beispielen fehlte, daß man diese Charakterfestigkeit zunächst auf die Probe stellte, auch durch körperliche Torturen.

Aber eine solche Haltung erforderte Mut. Und nicht alle sind tapfer. Es gab Fälle, in denen die Nervenkraft des Pfarrers oder seiner Frau nicht durchhielt oder das Elend in der Familie schon so groß war, daß man weitere Belastungsproben nicht verantworten konnte. Dann blieb nichts anderes übrig, als den Pfarrer zu versetzen, unter Umständen sogar nach West-Berlin, nach Westdeutschland. In den meisten Fällen genügte schon eine Versetzung innerhalb der Zone.

Daß die Pfarrerschaft, aufs Ganze gesehen, tapfer durchhielt, war uns ein Anlaß zu steter Dankbarkeit. Die Pfarrer waren der einzige akademisch gebildete Stand, der im Osten aushielt — bekämpft und schikaniert auf jede Weise, wirtschaftlich schlechter gestellt als ein ge-

lernter Arbeiter, gehindert, seinen Kindern eine rechtschaffene Ausbildung zu geben. Und trotz allem: sie hielten durch.

Es gab eine winzig kleine Gruppe sogenannter „fortschrittlicher“ Pfarrer in Brandenburg. Zum Teil waren es Pfarrer, die im Disziplinarverfahren gestanden hatten. Zum Teil waren es solche, die bald von den Kommunisten wieder preisgegeben wurden, weil sie sich als geistig nicht ganz normal erwiesen. Es gab freilich auch einige wenige unbelehrbare Opportunisten.

In den anderen Landeskirchen war die Zahl der „fortschrittlichen“ Pfarrer etwas größer. Aber eine Bedeutung gewannen sie auch dort nicht. Wenigstens in den ersten fünfzehn Jahren kommunistischer Herrschaft nicht.

Erst in den letzten Jahren meiner Amtsführung änderte sich das Bild. Zwar blieb die Zahl der sogenannten fortschrittlichen Pfarrer klein. Um so mehr wuchs die Gruppenderer, die jedem Zusammenstoß mit den kommunistischen Machthabern aus dem Wege zu gehen wünschten. Es war jetzt klar geworden für jedermann, daß es mit einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht so schnell gehen werde. Es half also nichts: Man mußte sich mit dem Tatbestand einrichten, so wie er war. Man wollte gewiß widerstehen, wo Gottes Gebote das klar erforderten. Aber solche Gelegenheiten gab es gar nicht so häufig. Und mit dem übrigen mußte man sich eben abfinden, auch mit der atheistischen Schule für die eigenen Kinder. Schließlich hatte doch auch jede staatliche Ordnung ihre positive Seite. Selbst eine totalitäre Ordnung. Und wenn man bei allem eifrig mitarbeitete, was sich vor dem gesunden Menschenverstand rechtfertigen lasse, also bei der Propaganda für den „Frieden“, bei „freiwilligen“ Einsätzen in der Ernte und dergleichen, dann werde das vielleicht honoriert werden. Man werde es dann selber leichter haben und die Kirche auch. Und eben dies und nichts anderes sei doch die echte christliche Lebenshaltung. Nur nicht immer Kampf! Nicht immer Widerspruch! Liebe müsse man zeigen! Man müsse „den Kommunismus totlieben!“ — rief Professor Heinrich Vogel auf einer unserer Synoden pathetisch aus.

Nun: im Neuen Testament steht es anders. Ganz anders.

Kreuzzugsideologie?

Ein neuer Kirchenkampf war über uns gekommen. Nur mußte man diesmal das Wort „Kampf“ in Anführungsstriche setzen. Die Gegner aus unseren eigenen Reihen behaupteten, wir verträten eine „Kreuzzugsideologie“. Aber das war ein albernes Schlagwort — nichts weiter. Wer von uns rief zum „Kreuzzug“ auf? Nicht einmal eine organisierte Untergrundbewegung, wie wir sie zur Nazizeit gehabt hatten, war den Kommunismus gegenüber da. Wir konnten von Zeit zu Zeit gegen Willkür und Gewalt protestieren — völlig nutzlos, natürlich! Denn alle unsere Proteste wanderten in den Papierkorb. Wir konnten unseren Gemeinden und unseren kommunistischen Gegnern sagen, was von den Anordnungen und Proklamationen gegen unseren christlichen Glauben ging. Auch ich habe das wiederholt getan, mündlich und schriftlich. Als der Ministerpräsident Grotewohl in einer langen, offiziellen Rede erklärt hatte: was gut und böse sei, bestimme die Partei, habe ich in einem weit verbreiteten Offenen Brief gesagt, daß in einem solchen Staat für den Christen keine Heimat sei.

Das haben wir getan. Im übrigen haben wir das Evangelium gepredigt. War das Kreuzzugsideologie?

Die Anzeichen einer allmählichen Ermüdung häuften sich. Immer seltener wurden in dem ständigen Strom der Flüchtlinge diejenigen, die angaben: sie wollten ihre Kinder nicht der systematischen, antichristlichen Erzie-

hung aussetzen und hätten deshalb die Zone verlassen. Die meisten waren aus ganz anderen Gründen gegangen. Als auf der gesamtdeutschen Synode die Einrichtung einer evangelischen Militärseelsorge beschlossen wurde, stimmte die große Mehrzahl der östlichen Synodalen dafür, weil es sich dabei um eine elementare gesamtkirchliche Verantwortung handelte, der sich kein Christ entziehen konnte. Auf der nächsten Synode war es ein Synodaler aus Brandenburg, der erklärte: Wir haben uns übernommen! Dem ungeheuren Druck der kommunistischen Propaganda können wir einfach nicht mehr länger standhalten. Wir müssen aus unserer Mitverantwortung für diese Seelsorge heraus!

Wer wollte den Brüdern aus dem Osten daraus einen Vorwurf machen? ...

Die Frage der „Obrigkeit“

Die Gegensätze, zu denen die politische Situation allmählich in der Kirche geführt hatte, fanden schließlich ihren dramatischen Ausdruck in der Debatte über die „Obrigkeit“.

Der Anlaß dazu war so bescheiden, wie es nur irgend sein konnte. Ich hatte zum sechzigsten Geburtstag von Landesbischof Lilje einen kleinen Privatdruck herausgebracht, in dem ich die Frage aufwarf, ob nicht in der deutschen Übersetzung von Römer 13 ein anderes Wort stehen müßte als das Wort „Obrigkeit“. Was Luther einst unter „Obrigkeit“ verstanden hatte, gebe es heute nirgends mehr, weder im Westen noch im Osten. Auch der griechische Text meine etwas anderes.

Dieser Privatdruck war bekanntgeworden. Nun gab es einen Sturm, der die Öffentlichkeit über ganz Deutschland hin erregte, die kirchliche wie die politische. Was die Gemüter in Wallung brachte, war natürlich nicht die Frage, wie am besten zu übersetzen sei, sondern es war das, was dabei über die moderne Staatsmacht gesagt war, vor allem über die totalitären Systeme.

Zahllose Artikel sind darüber geschrieben worden. In allerlei Ausschüssen wurde darüber verhandelt. Und schließlich wurde die Aussprache darüber der Hauptgegenstand zweier leidenschaftlich bewegter Synoden.

Wie es bei öffentlichen Diskussionen in der Regel geht, zumal wenn es sich um etwas Politisches handelt, so ging es auch hier. Zur Sache selbst wurde so gut wie nichts beigetragen. Man klammerte sich an Dinge, die auf der Oberfläche schwammen. Die Meinungen standen von vornherein fest. Man wollte nicht Argumente hören und bedenken, sondern wollte die eigene Überzeugung zur Geltung bringen. Wie gesagt: das wird bei solchen Diskussionen fast immer so sein.

Von dem ungeheuren Ernst der Frage, wie ein Christ sich zu einem totalitären Staatssystem zu verhalten habe — nicht zuerst im Äußerlichen, sondern in der inneren Beurteilung —, war wenig zu spüren. Karl Barth hatte geschrieben: auch die totalitäre Ordnung sei eine Ordnung, für die der Christ dankbar sein müsse; und an Möglichkeiten, loyal mitzuarbeiten, werde es niemals fehlen. Das befriedigte viele. Mich konnte es nicht befriedigen. Ich konnte nur mit Kummer feststellen, daß das, was darüber in der Offenbarung des Johannes stand und was Martin Luther darüber an ungeheuren Worten geschrieben hat, in der Theologie von heute anscheinend keine Rolle mehr spielte.

Daß die Dinge so aufgereggt liefen, war zum großen Teil meine eigene Schuld. Ich hatte mich in dem kleinen Privatdruck — er existierte nur in 500 Exemplaren; einige tausend Nachdrucke waren angefertigt worden, ohne daß

mich jemand um Erlaubnis gefragt hatte! — sehr sorglos ausgedrückt, in der Annahme, daß das, was mir selbstverständlich geworden war, auch anderen selbstverständlich geworden sein müsse. Im übrigen hatte ich gesagt, daß man über die praktischen Konsequenzen aus der grundsätzlichen Haltung gegenüber der „Obrigkeit“ noch ein anderes Mal sprechen müsse. Meine schnell entzündeten Gegner konnten also noch gar nicht wissen, worauf ich praktisch hinauswollte.

Es zeigte sich auch hier wieder, daß in der evangelischen Kirche die Leidenschaften erst durchbrechen, wenn es um etwas Politisches ging. Daß zu derselben Zeit unter den Theologen so etwas wie eine Bewegung entstanden war, die die Kindertaufe angriff und sich selbstherrlich über eine fast zweitausendjährige Praxis hinwegsetzte, das regte offenbar niemanden auf. Aber wenn es um etwas ging, was das politische Gebiet berührte, dann er wachten alle Leidenschaften. Dann hielten es auch Theologen aus meiner eigenen Kirchenleitung für angemessen, ihren Bischof öffentlich anzugreifen, während dieser unter dem pausenlosen Beschuß kommunistischer Lügenpropaganda stand.

Auf den beiden Synoden, von denen die Rede war, handelte es sich unter diesen Umständen nur noch darum, daß sich eine bestimmte theologische Richtung ihren Zorn von der Seele redete und daß zum Schluß eine versöhnliche Formel vereinbart werden konnte, die dem Geist und der Würde einer evangelischen Synode Rechnung trug. Diese Formel wurde jedesmal gefunden. Nur eine ganz kleine Minderheit sträubte sich dagegen bis zuletzt.

Daß sich auch die kommunistischen Staatsorgane einmischten, verstand sich von selbst. Zunächst wurde offiziell erklärt, daß es mit meinen Gottesdiensten in der Ost-Berliner Marienkirche nunmehr zu Ende sei. Die Erklärung wurde mehrere Male wiederholt. Als aber die nächste Predigt fällig war, ging ich wie immer auf meine Marienkanzel — von der gesamten Kirchenleitung eskortiert. Es passierte nichts. Auch an den späteren Sonntagen nicht. Und dann leitete der Generalstaatsanwalt von Ost-Berlin ein Ermittlungsverfahren gegen mich ein. Durchgeführt wurde das Verfahren nicht.

Schamlose Diffamierung

Zu der Propaganda, die gegen mich gerichtet war, muß noch ein Wort gesagt werden:

Solange die Russen die Verwaltung der Zone in der Hand hatten, hielt sich die Propaganda in Grenzen. Erst allmählich wurde das anders. Kein totaler Staat kommt ja ohne offizielle staatliche Propaganda aus. Das hatten wir unter Josef Goebbels gelernt und erwarteten von dem neuen totalitären Regime, das über uns gekommen war, nichts anderes. Je mehr nun die Russen die Verwaltung den deutschen Kommunisten überließen, um so ungehemmter konnte die Propaganda sich nach den totalitären Methoden entfalten.

Einer der wichtigsten Grundsätze totalitärer Propaganda ist nun der, daß man sich mit seinen Angriffen nicht verzetteln darf. Ein Objekt muß gewählt werden, das aus irgendeinem Grunde wichtig scheint. Auf dieses Objekt müssen die Angriffe sich konzentrieren. Und zwar pausenlos. Es müssen immer dieselben Angriffe sein. Hundertmal und tausendmal muß dasselbe gesagt werden, bis es aus dem Ohr nicht mehr herausgeht und dann vielleicht in Herz und Gedanken einmündet.

Nach dieser Methode wurde Propaganda gegen die Kirche gemacht. Und das Objekt, auf das sich die Angriffe konzentrierten, war ich selbst.

Das erste, womit man herauskam, war die Behauptung: ich sei Nationalsozialist gewesen und hätte Hitlers Waffen gesegnet. Dies den Gemeinden meines Sprengels glaubhaft zu machen, war freilich nicht ganz einfach. Denn in unseren Gemeinden wußte jedermann, wie es mir unter der nationalsozialistischen Herrschaft ergangen war. Was das Wort nicht vermochte, sollte nun das Bild zustande bringen. Ein Bild, das mich mit Hitler oder einer anderen Nazigröße zusammen zeigte, fand sich trotz allen Suchens nicht. Man half sich mit dem Bild vom 31. März 1933, auf dem ich, zusammen mit den Geistlichen der Potsdamer Nikolaikirche, H i n d e n b u r g vor der Kirche begrüßte. Was das Bild zeigte, war der Akt der Höflichkeit, der in der ganzen Welt selbstverständlich ist, wenn das Staatsoberhaupt an einem festlichen Gottesdienst teilnimmt. Man mußte schon ziemlich oberflächlich sein, wenn man dies Bild als ein Dokument nationalsozialistischer Gesinnung verstehen wollte.

Zuletzt holte man noch ein Bild vom Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche heraus, bei dem Hitler und Hindenburg Ansprachen gehalten hatten. Auf diesem Bilde sieht man einen Geistlichen im Talar im Altarraum hinter Hitler sitzen. Es wurde erklärt, dieser Geistliche sei ich gewesen — obwohl jedermann auf den ersten Blick sehen konnte, daß davon keine Rede war. Es war eine glatte Fälschung.

Zwei Jahre nach der Versammlung von Evanston tauchte plötzlich die Behauptung auf, ich hätte dort gesagt: mit der Atombombe sei es doch gar nicht so schlimm; da kämen nur eben 100 000 Menschen schneller in den Himmel als sonst! Ein Zeuge, der ein solches Wort von mir mit eigenen Ohren gehört haben wollte, fand sich nicht. Dagegen erklärte von denen, die in Evanston dabei gewesen waren, einer nach dem anderen: sie hätten so etwas niemals aus meinem Munde vernommen. Trotzdem wurde dies Wort in allen Schulen, in allen kommunistischen Versammlungen, in allen Zeitungen wiedergegeben; Jahre hindurch. Immer wieder bekam ich Briefe von Pastoren: dies Wort laufe bei ihnen um; ich möchte doch sagen, ob irgend etwas daran sei. Auf den Straßen von Ost-Berlin, an der Autobahn und an vielen anderen Stellen wurden große Tafeln aufgestellt, die mit entsprechender Unterschrift den „Atom-Bischof“ zeigten. Als einer unserer leitenden Geistlichen den damaligen Staatssekretär für Kirchenfragen zur Rede stellte: man wisse doch ganz genau, daß diese Geschichte eine freie Erfindung sei; wie könne man dies Stück Propaganda immer weiter betreiben? — da bekam er zur Antwort: „Wenn es gegen den Bischof Dibelius geht, ist uns jeder Knüppel recht!“

Im Jahre 1960 — um noch dies eine aus der Fülle der propagandistischen Anwürfe zu erwähnen — ließ man im Ostsektor einen Film ablaufen, der den „Fall Schnorr“ aus dem Jahre 1927 aufgriff. Dieser Fall wurde so dargestellt, als hätte ich damals zusammen mit dem reaktionären Oberamtmann F r i e s e einen Mörder, nämlich den Pastor S c h n o r r, aus politischen Gründen mit allen Mitteln decken wollen, obwohl mir seine dunkle Vergangenheit bekanntgewesen sei. Dieser Film strotzte so von Ungeheuerlichkeiten, daß das Konsistorium erwog, ob es nicht gegen den Rechtsanwalt K a u l, der darin als Sprecher auftrat — er war und ist der Star-Anwalt der Kommunisten und wohnt in West-Berlin! —, Strafanzeige erstatten solle. Ich konnte mich damit nicht einverstanden erklären. Ich habe auf diese ganze Propaganda niemals geantwortet — abgesehen davon, daß ich auf briefliche Anfragen, die an mich persönlich gerichtet waren, die erforderlichen Antworten gegeben habe. Es steht geschrieben: „Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei Ubles

wider euch, so sie daran lügen. Seid fröhlich und getrost!“ Meiner Kirche — nur darauf konnte es ankommen — hat diese Propaganda, soweit ich es beobachten konnte, nicht geschadet. Evangelische Christen wissen, was sie von totalitärer Propaganda zu halten haben.

Sehr schmerzlich war mir, daß man mir — übrigens auch dem katholischen Bischof von Berlin — plötzlich die Passierscheine verweigerte, die ich als West-Berliner zu jeder Fahrt in die Provinz brauchte. Ich war nun auf Berlin beschränkt. Solange der besondere Status von Berlin bestand, verging keine Woche, in der ich nicht trotzdem persönlichen Kontakt mit den Pfarrern und Gemeindegliedern aus der Provinz hatte. Aber eine ganz wesentliche Entbehrung und eine Erschwerung meines Amtes war es doch.

Ich mußte mich damit trösten, daß die beiden Generalsuperintendenten des Ostens, D. J a c o b und D. B r a u n, in ausgezeichneter Weise — jeder in seiner Art — das taten, was ich nicht mehr zu tun imstande war.

Zeugnis von sich selbst

Im Ausland, und weithin auch in meinem deutschen Vaterland, hat mir dies alles den Ruf eingetragen, ein aufrechter und unerschrockener Kämpfer gegen den Bolschewismus zu sein. Nichts war unrichtiger als dies. Ich bin nie eine Kämpfernaut gewesen, und nein zu sagen ist mir immer schwer geworden. Ich habe es überhaupt erst gelernt, als mir eine Verantwortung dafür zugefallen war, daß dem Evangelium von Jesus Christus der freie Weg zu den Menschen nicht abgesperrt und daß dies Evangelium nicht verfälscht werden dürfe.

Von K a r l B a r t h hatte ich einst gelernt — und bin ihm dafür immer dankbar geblieben —, daß zwischen dem deutschen Idealismus von K a n t bis in die Gegenwart und der Botschaft des christlichen Evangeliums eine tiefere Kluft befestigt sei, als ich das in meiner Jugend erkannt hatte. Jetzt sah ich mich nicht nur dem kämpferischen Atheismus der Kommunisten gegenüber, sondern auch mancher theologischen Haltung, die auf diesen selben Karl Barth zurückging und der ich glaubte entgegenzutreten zu müssen. Da war z. B. die Predigt mancher meiner alten Freunde, die eine „Solidarität der Christen mit den Ungläubigen“ forderte. Hier konnte ich nur sagen, daß dies zu den klaren Aussagen des Neuen Testaments im Widerspruch stehe und darum verhängnisvolle Folgen für die Kirche Jesu Christi haben müsse. In dieser Situation habe ich das Neinsagen gelernt.

Einem „Freund-Feind-Denken“, wie man das heute nennt, bin ich darüber nicht verfallen. Ich habe es immer für eine Probe auf den Charakter der Christenmenschen gehalten, daß man sich freuen kann, wenn man unrecht hat. Und persönliche Freundschaft habe ich aufrechterhalten können, auch wenn der andere zu meinen leidenschaftlichen theologischen Gegnern gehörte.

Man möge es mir nicht verübeln, wenn ich mich auf eine kleine Episode aus einem Leben beziehe, das unvergleichlich größer war als das meine: B i s m a r c k steht als alter Mann im Pfarrhaus von Schönhausen. An der Wand hängt sein Bild nach dem Gemälde von Lenbach — Kürassierhelm, leuchtende Augen, herrliche Haltung. Bismarck sieht das Bild an und sagt: „Das soll ich sein? Das bin ich nicht!“ Und weist auf ein Bild hin, das groß an der anderen Wand hängt: der sinkende Petrus, der nach der rettenden Hand Jesu greift. Und sagt: „Das bin ich!“

Jawohl: dieser sinkende Petrus — das bin ich gewesen mein Leben lang!

DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND

von Friedhelm Baukloh, Dortmund

Dem Bericht über die evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Nr. 10/61 der „Evangelischen Verantwortung“, S. 3 f.) lassen wir hier einen Beitrag über die Lage und Haltung der katholischen Kirche in der SBZ folgen, denn die Vermittlung von Verständnis für die andere christliche Konfession, zumal in einer für unser Volk so bedeutsamen Frage, gehört seit jeher zu unseren Aufgaben. Der Verfasser ist als evangelisches Redaktionsmitglied der bekannten katholischen Wochenzeitung „Echo der Zeit“ mit den Problemen der katholischen Kirche besonders vertraut.

Das Verhältnis der katholischen Kirche zur Regierung der SBZ ist auf dem Kölner Katholikentag 1956 von Bischof Dr. Otto Spülbeck (Meißen) grundsätzlich umrissen worden. Der „Katholische Arbeitskreis für zeitgeschichtliche Fragen“ (Bad Godesberg) hat in seinem Informationsdienst vom Juni 1961 unterstrichen, daß die Worte von Bischof Spülbeck „noch heute gültig“ sind. Der Bischof sagte damals:

„Lassen Sie mich als Beispiel ein Gespräch erzählen, wie ich es oftmals auf höchster Ebene oder in den Bezirken des Landes führe. Dies Gespräch beginnt geradezu stereotyp: Herr Minister, Sie sind Marxist. Ich bin katholischer Christ. Wir haben daher in den weltanschaulichen Beziehungen nichts miteinander gemein. Es gibt keine Brücke von Ihnen zu uns. Wir sind völlig getrennte Leute. Aber wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten. Und wenn wir jetzt in diesem Haus miteinander leben — verzeihen Sie mir die Banalität, aber ich habe es so gesagt —, wer macht in diesem Haus die Treppe sauber? Damit soll keine Abwertung der ernststen Gespräche zwischen Staat und Kirche gemeint sein, sondern es soll nur handgreiflich ausgedrückt werden, daß grundsätzliche Gespräche zwischen den beiden Partnern nicht möglich sind. Wir tragen gern dazu bei, daß wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmen mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben also nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich.“

Unverrückbare Grundhaltung

Für die katholische Kirche ist es kennzeichnend, daß alle neuen gesellschaftlichen Probleme aus dem unveränderlichen, durch keine Zeitströmung zu beeinflussenden Glaubensgut interpretiert werden. Das setzt den Gesprächen mit dem Ulbricht-Regime ganz bestimmte Grenzen. Die Worte von Bischof Spülbeck, die seitdem immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussion um das Verhältnis von katholischer Kirche und „DDR“ rückten, sind Ausdruck dieser Grundhaltung, die die katholische Kirche zu keinem Zeitpunkt und gegenüber keinem Regime geändert hat, weil sie sonst ihre „unverrückbare“ religiöse Basis in Frage stellen müßte und somit ihr kirchliches Selbstverständnis. Wenn in Pankow Spülbecks Worte gelegentlich als eine „Kampfansage an die DDR“ aufgefaßt wurden, so haben die Kommentatoren nicht verstanden, daß es sich hier lediglich um einen Beitrag zur Klärung der Situation handelte und vor Illusionen gewarnt wurde, die nur Verwirrung stiften könnten. Bischof Spülbeck hat nicht polemisiert, sondern sauber aufgezeigt, was möglich und was unmöglich ist. Unmöglich ist jede Form der Anerkennung der Ideologie des kommunistischen Regimes durch die katholische Kirche. Selbstverständlich für Katholiken ist jedes Bemühen, in „diesem Haus“, diesem Staat, menschenwürdig zu leben, im Zusammenwirken mit allen, die dazu beitragen wollen und können, auf jeder Stufe des Gemeinwesens.

Die Spannung ergibt sich allein durch die Intoleranz, mit der das Regime in Pankow der katholischen Kirche begegnet, die — im Gegensatz zur evangelischen Kirche — gleichsam frontal angegriffen wird, während man bei den Auseinandersetzungen mit der evangelischen Kirche versucht, einzelne Kirchenführer als „reaktionär“ zu diffamieren, andere als „fortschrittlich“ zu dekorieren und sich von dem abwegigen Wunschenken leiten läßt, der Individualismus in der evangelischen Kirche werde bei geschickter Personalpolitik zu einer Kirchenspaltung im Sinne Pankows führen.

Anklagen gegen das kommunistische Regime

Ihrem Bevölkerungsanteil nach ist die katholische Kirche in der SBZ ungleich schwächer vertreten, weshalb man sich ihr gegenüber von kommunistischer Seite auch weit skrupelloser zeigt als vergleichsweise im kommunistischen Polen, wo sich G o m u l k a in manchen Auseinandersetzungen eher taktisch als ideologisch verhält. Zum festen Bestandteil der Propaganda der Sowjetzone gehört die Behauptung, die Bundesrepublik sei ein klerikal-faschistischer Staat nach spanisch-portugiesischem Muster. Die Katholiken werden darum, sofern sie praktizierende Gläubige und damit nach Ansicht Pankows „klerikal eingestellt“ sind, zunächst einmal pauschal als „Helfershelfer Bonns“ gewertet, als eine Art fünfte Kolonne A d e n a u e r s, der als Bundeskanzler — nach den Äußerungen der Presse und der Politiker Pankows — von Kardinal Frings und „vom Vatikan“ seine politischen „Weisungen“ bezieht. Das hindert die Propagandisten Pankows natürlich nicht, jeden Katholiken, der etwa in ihrem Sinne politisch Stellung bezieht, als Kronzeugen herauszustellen und als „wahren Christen und friedliebenden Staatsbürger“ zu feiern. In einem „Gemeinsamen Hirtenwort der Bischöfe und Bischöflichen Kommissare in der DDR“, das am 8. Februar 1959 von allen Kanzeln katholischer Kirchen in der SBZ und in Ost-Berlin verlesen wurde, hat die katholische Hierarchie kraft ihres Lehramtes dazu verbindlich Stellung genommen. In diesem Hirtenwort heißt es:

„Dieses Mal wollen wir die Not des einzelnen Christen von der Kirche her sehen. Die Kirche ist ja nicht eine Einrichtung, die Euch fremd gegenübersteht und nur von den Bischöfen und Priestern vertreten wird. Diese Kirche seid Ihr, sind wir alle. Der für uns unvergeßliche Papst P i u s XII. sagte einmal: ‚Wir gehören nicht nur zur Kirche, wir sind die Kirche‘ (Allocutio an die Kardinäle vom 20. Februar 1946). So ist der Triumph der Kirche unser Triumph, die Not der Kirche unsere Not. Wenn wir aber heute die Kirche in Not sehen, dann erkennen wir sie aus der Schau des Glaubens als Kirche unter dem Kreuz Jesu Christi . . .“

Drei Anklagen erheben die Bischöfe gegen das Regime der SBZ:

„Die Kirche soll entwürdigt werden. — Die Kirche soll entvölkert werden. — Die Kirche soll ersetzt werden.“

Zur versuchten Entwürdigung der Kirche heißt es in dem Hirtenwort:

„Voll Dank erlebt gerade Ihr die Kirche als die Schützerin Eurer Persönlichkeitsrechte und Eurer Gewissensfreiheit. Von anderen aber wird sie als Bundesgenosse

des Kriegslagers und der Ausbeuter geschmäht... So könnt Ihr es in den Zeitungen und Zeitschriften lesen, so hört Ihr es im Funk und auf der Bühne. So wird es Euren Kindern in der Schule gelehrt. Das Ziel ist klar: Ihr sollt durch solche Hetze die Freude an der Kirche verlieren und so in Euren Herzen der Kirche entfremdet werden." Daraus ergebe sich der nächste Schritt, die beabsichtigte Entvölkerung der Kirche:

„Mit Methoden, die menschenunwürdig sind und zudem dem verfassungsmäßigen Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit eindeutig widersprechen, soll vielfach der Kirchenaustritt erzwungen werden. Es gibt bei uns Berrufe, die nur der ergreifen oder erhalten kann, der sich von der Kirche getrennt hat und aus der Kirche ausgeschieden ist.“

Am Ende einer solchen Bearbeitung christlicher Gewissen aber stehe die „Ersetzung der Kirche“:

„Man weiß, was die Kirche und ihr Gottesdienst, ihre Sakramente und ihr Brauchtum dem christlichen Menschen bedeuten. Deshalb setzt man irdische Ersatzformen an ihre Stelle.“

Im einzelnen wird dazu ausgeführt:

„Zu solchen atheistischen Riten, die in jüngster Zeit von Stellen des Staates und der Partei immer stärker gefördert werden, gehören die sozialistische Namensgebung, die sozialistische Jugendweihe, die sozialistische Trauung und die sozialistische Beerdigung.“

Alle diese Ersatzkulte werden als unvereinbar mit dem katholischen Glauben, als unzumutbar für Katholiken aus der Glaubenslehre heraus verworfen. Den Katholiken der SBZ wird geraten:

„Ihr könnt nicht immer auf alle Anwürfe eine Antwort geben, aber das Kennzeichen der Lüge könnt Ihr oft entdecken. Darum laßt Euch nicht irreführen... Prüft die Geister!“

Zur Frage, ob ein Kirchenaustritt „zum Schein“ gerechtfertigt sein könnte bei persönlicher Bedrängnis des Gläubigen durch die Machthaber, heißt es:

„Es gibt keine gültige Begründung, die den sogenannten Austritt aus der Kirche rechtfertigen könnte. Ihr dürft auch nicht zum Schein und nach außen eine Kirchenaustrittserklärung abgeben. Verwahrt Euch von vornherein gegen eine solche Zumutung und besteht nachdrücklich auf Euren in der Verfassung garantierten Recht der Gewissensfreiheit.“

Nachdrücklich wird zu den „Ersatzriten“ und einer etwaigen Kompromißbereitschaft des Gläubigen festgestellt:

„Zwischen dem Glauben an Gott und dem Bekenntnis zur Gottlosigkeit gibt es keine Kompromisse.“

Die katholische Kirche versteht sich als eine verfaßte Kirche. Die Bischöfe haben die Amtspflicht, in unmißverständlicher Klarheit zu sagen, was in der jeweiligen historischen Situation vereinbar und was unvereinbar mit der katholischen Glaubenslehre ist. Sie machen damit keine Vorschriften aus eigener Willkür. Sie sagen nicht,

was ihr politischer Wille oder gar ihre taktische Ranküne ihnen eingibt, wie das von der kommunistischen Propaganda immer wieder behauptet wird. Sie sagen, was der Glaube den Gläubigen in der jeweiligen Lage gebietet. Sie tun das nicht kraft persönlicher Autorität, nicht aus Autoritätslüsternheit und Machtwillen, sondern in der strengen, unzweideutigen Verpflichtung auf die kirchliche Lehre. Sie stehen unter einem kirchlichen Gesetz, das sie nicht willkürlich auslegen dürfen, das ihnen darum gebietet, zu sagen, was das Selbstverständnis der Kirche befehlt.

Das Hirtenwort vom 8. Februar 1959 wurde von allen auf der Berliner Ordinarien-Konferenz versammelten Bischöfen und Bischöflichen Kommissaren gebilligt.

Kirchenführer zu „Staatsfeinden“ gestempelt

Otto Grotewohl gab in einer „Rede vor Berliner Künstlern und Kunstschaffenden“, die in der Osterausgabe 1959 von „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, seine Antwort darauf, wobei er die evangelischen Kirchenführer keineswegs aus seiner prinzipiellen Stellungnahme ausnahm:

„In allen wichtigen Erziehungsfragen werden durch einige Kirchenführer Schwierigkeiten konstruiert, die sich nicht nur hemmend auf die fortschrittliche Entwicklung unserer Jugend auswirken können, sondern die vor allen Dingen bei großen Teilen der fortschrittlichen christlichen Bevölkerung unserer Republik zu inneren Konflikten führen müssen. Diese Kirchenführer erheben völlig ungerechtfertigt Vorwürfe gegenüber unserem Staat und tun so, als ob die in unserer Verfassung für alle Bürger garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit allein für die Kirche gelten würde, als ob die Kirche eine Monopolstellung in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat einzunehmen berechtigt wäre.“

In dem Bestreben, allen staatlichen Gewissenszwang abzuleugnen und die Kirche zu beschuldigen, sie beanspruche Sonderrechte, wenn sie lediglich unbedrohte Glaubensfreiheit gemäß der Verfassung der „DDR“ verlangt, schlußfolgert Grotewohl:

„Wir haben die Einrichtungen der Kirche in keiner Weise angegriffen, noch haben wir die Gottesdienste behindert. Es handelt sich deshalb bei solchen Reden um einen einseitigen politischen Angriff.“

Von da ist es nicht weit bis zu dem üblichen Agitations-slogan:

„Wir können die Diffamierung unserer Demokratie durch einige Kirchenführer, die sich schützend hinter Agenten der westlichen Geheimdienste stellen, nicht zulassen.“

Der Versuch, die katholische Kirche als Glaubensgemeinschaft zu verstehen, ist von dem Regime in Pankow nie gemacht worden. Man hat von vornherein alle Bemühungen der katholischen Kirche, ihren Gläubigen die Verfassungsrechte zu sichern, als „politischen Angriff im Dienste des Westens“ diffamiert. Eine Bereitschaft zur Einhaltung der in der Verfassung auf dem Papier zugestandenen Grundrechte hat seitens des Pankower Regimes nie bestanden. Der Briefwechsel zwischen den

Wir wünschen unseren Lesern ein gesegnetes, friedvolles Jahr 1962. Allen Mitarbeitern gilt unser aufrichtiger Dank.

Herausgeber, Verlag und Redaktion

katholischen Ordinariaten und der Regierung der SBZ spricht eine eindeutige Sprache.

Auch wenn gelegentlich Zugeständnisse in Einzelfragen gemacht wurden, war oft genug das Endergebnis negativ. Ein Beispiel für viele hat der Weihbischof von Magdeburg, Friedrich Rintelen, in einem Hirtenbrief vom 6. Dezember 1959 zur Sprache gebracht. In den Orten Müser, Steckelsdorf und Belitz sollten Holzkirchen aufgestellt werden, die von der Erzdiözese Paderborn gestiftet worden waren. 1957 wurde eine Einfuhrgenehmigung für Baumaterial erteilt, „nachdem sich ein Herr von der Bezirksregierung (in Magdeburg) persönlich von dem menschenunwürdigen Zustand überzeugt hatte“, Gottesdienst in einem ehemaligen Kriegsbehelfsheim halten zu müssen, das 9 Meter lang und 4 Meter breit war. Das Material lagerte zwei Jahre. Schließlich wurde der Bau der Holzkirche endgültig verweigert. So wurde oft genug aus einer halben Zusage zuletzt eine definitive Absage. Als Weihbischof Rintelen den Tatbestand publik machte, galt das als „Hetze“ gegen die „DDR“.

Berlins neuer Bischof Dr. Bengsch

In all dieser Bedrängnis war der Berliner Bischof, Kardinal Döpfner, dem seit Mai 1958 verwehrt war, das Territorium der „DDR“ zu betreten, als Vorsitzender der bischöflichen Ostkonferenz ein Seelsorger, der, wie Friedrich Heer ihm in der österreichischen Zeitschrift „Furche“ bestätigte, ein Größeres nicht übersah: „die Versöhnung des deutschen Volkes mit den Ostvölkern“. Heer schrieb:

„Kardinal Döpfner hat den aufsehenerregenden Schritt gewagt, den ein deutscher katholischer Kirchenfürst seit 1945 unternahm: Im Oktober 1960 wandte er sich am Fest der Patronin Berlins, der Heiligen Hedwig von Schlesien, direkt an das polnische Volk und warb um Verständnis, um Begegnung. Diese Rede wurde in Ost und West viel kritisiert und zeigte bereits dadurch an, wie sehr er den Kern des brennenden Problems traf. Nie zuvor war von einer führenden Persönlichkeit Westdeutschlands so offen, leidenschaftlich und behutsam zugleich dieses heiße Eisen angefaßt worden . . .“

Als dieser Bischof, in eigener Initiative unverdrossen um einen Abbau des Kalten Krieges bemüht, von Papst Johannes XXIII. aus Berlin abberufen und zum Bischof von München-Freising ernannt wurde, wo seit dem Tod von Joseph Kardinal Wendel der Bischofsstuhl verwaist war, erregte das naturgemäß größtes Aufsehen. Kardinal Döpfner hatte zuvor bei seiner letzten Audienz im Vatikan darum gebeten, in Berlin bleiben zu dürfen. In einem Handschreiben von Papst Johannes XXIII. hieß es dazu in einer ungewöhnlichen Offenlegung persönlicher Momente, die in politischer Sorge wurzelten:

„Wir wissen genau, daß Wir damit dir und den Gläubigen des Bistums Berlin eine schwere Last aufbürden. Als Wir dir unseren Plan eröffneten, hast du Uns — nicht ohne Tränen — immer und immer wieder inständig gebeten, daß es dir auch weiterhin vergönnt bleibe, Hirte zu sein für deine geliebte Herde, und daß du nicht gezwungen würdest, sie in der gegenwärtigen Bedrängnis zu verlassen.“

Es waren gewichtige Gründe, die den Papst dennoch zu der ihm schwerfallenden Entscheidung veranlaßten. Die offiziöse „Deutsche Tagespost“, Würzburg, schrieb dazu:

„Nicht nachdrücklich genug kann unterstrichen werden, daß bei der Berufung eines Mannes, der mit dem bischöflichen Amt nicht bloß eine außerordentliche menschliche Betätigung und Bedeutung, sondern auch ein besonders providentielles Charisma verbindet, der Vatikan mit der Entscheidung für München keine Entscheidung gegen Ber-

lin getroffen hat. Es ist vielmehr anzunehmen, daß man sich in Rom über den würdigen und tatkräftigen Nachfolger auf dem Bischofsstuhl in Berlin durchaus bereits vor Kardinal Döpfners endgültiger Versetzung vollauf im klaren war und dieser Nachfolger sicher in der Folge ebenso den (Kardinals-) Purpur erhalten wird. Jedentfalls sah Rom eher nun eine andere Besetzung des Berliner Bischofsstuhls für ratsamer und vielleicht auch personell leichter an als eine andere Nachfolge für Kardinal Wendel in München.“

Bis zur Ernennung seines Nachfolgers genügte Kardinal Döpfner seiner „Residenzpflicht“ in Berlin. Nur wenige Tage nach dem 13. August 1961 wurde Weihbischof Dr. Alfred Bengsch, der in Ost-Berlin wohnt, zum neuen Berliner Bischof ernannt. Es ist der erste gebürtige Berliner, der in Berlin Bischof wurde. Zugleich ist er der jüngste deutsche Bischof. Er ist vierzig Jahre alt. Nur Kardinal Döpfner war jünger, nämlich fünfunddreißig Jahre, als er 1949 Bischof von Würzburg wurde und schon damals ein Bistum übernahm, das in die SBZ, nämlich nach Thüringen, hineinreichte. 1959 erhielt Dr. Bengsch durch Kardinal Döpfner die Bischofsweihe. Kardinal Döpfner sagte zu der Ernennung seines Nachfolgers, daß gerade in diesen ungewöhnlich schweren Zeiten, zumal nach dem 13. August, die Katholiken in Ost-Berlin und in dem sowjetzonalen Teil der Diözese „nahe Führung und Stärkung durch ihren Bischof brauchen“. Kardinal Döpfner fügte hinzu:

„Er ist Berliner. Sicherlich begrüßen die Berliner Katholiken den ersten Bischof aus dem eigenen Bistum mit besonderer Freude. Daß ein Bischof bestellt wurde, der im Ostteil des Bistums wohnt, entsprach gebieterisch fordernden seelsorgerischen Erwägungen.“

An der Konferenz der deutschen Bischöfe in Fulda im September dieses Jahres nahmen zum erstenmal die Bischöfe aus der SBZ nicht teil, weil ihnen die Ausreise verweigert worden war. Dazu sagte Kardinal Döpfner bei dem die Bischofskonferenz abschließenden Gottesdienst:

„Wir vermissen die Oberhirten aus Mitteldeutschland, Bischof Otto Spülbeck aus Meißen, den neuen Bischof Alfred Bengsch von Berlin und Bischof Ferdinand Piontek aus Görlitz. Ich weiß, daß alle drei Bischöfe sich gerade dieses Mal nach den Tagen stärkender Gemeinschaft im Kreis ihrer bischöflichen Mitbrüder sehnten. Ihr Fehlen ist eine Folge jenes 13. August 1961, der als ein dunkler, folgenschwerer Tag in die Geschichte des deutschen Volkes und auch der Kirche in Deutschland eingehen wird.“

Kardinal Döpfner gab dann eine Schilderung der Ereignisse in Berlin. Am 15. August hatte er noch einmal Dienststellen und Pfarrer in Ost-Berlin besuchen können, am nächsten Tag wurde es auch ihm verboten, nach Ost-Berlin zu gehen. Am 17. August wurde der neue Bischof ernannt. Da Bischof und Kapitel nicht zueinander kommen konnten, habe er im Auftrag des neuen Bischofs die Ernennungsurkunde vorlegen müssen:

„Es waren unvergeßlich traurige Tage des Bistums in einer Stadt, die aufstöhnte, da mit einem Male tausend Bande jäh zerschnitten wurden, die tragischen Einzelschicksale sich häuften.“

Zurückweisung aller Spaltungsversuche

In einem Gespräch mit einem Vertreter der KNA bezeichnete der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Frings, das Reiseverbot für die in der Sowjetzone residierenden Bischöfe als Einschränkung der kirchlichen Freiheit „von einmaliger Härte in der Geschichte der Kirche in Deutschland“. Die Verbundenheit der Christen in Ost und West werde dadurch nur gestärkt. An eine Teilung des Bistums Berlin sei nicht zu denken. Der Vatikan werde keinerlei Veränderung der histo-

rischen Bistumsgrenze vornehmen, ehe nicht ein umfassender Friedensvertrag abgeschlossen sei. Einen eventuellen Separatfrieden mit der Sowjetzone werde der Vatikan nicht anerkennen.

Wie ernst die Lage der christlichen Bevölkerung in der SBZ von der katholischen Kirche eingeschätzt wird, geht auch aus dem umfangreichen analytischen Kommentar des „Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen“ hervor, der schon vom Juni 1961 datiert, inzwischen aber gewiß nicht an Folgerichtigkeit eingebüßt hat. Es heißt dort u. a.:

„Obgleich die christliche Bevölkerung bisher meist treu ihre beruflichen und die allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, leistete sie zähen, meist passiven Widerstand gegen die Übernahme sozialistischer Lebensformen. Sie hielt sich vielfach gegenüber allen kommunistischen Bestrebungen der Formung des ‚neuen sozialistischen Menschen‘ zurück oder lehnte sie offen ab. Die SED kann aber selbst ein bloßes geistiges Abseitsstehen nicht hinnehmen. Sie glaubt ihr Ziel nur erreichen zu können, wenn sie alle zu ‚neuen sozialistischen Menschen‘ formen kann.“

Daraus ergeben sich bittere Prognosen:

„Für die Christen in der SBZ werden sich die Schwierigkeiten und Gewissensnöte verstärken. Mit gesteigertem Druck wird man von ihnen in Schule, Betrieb, Verwaltung und im gesamten öffentlichen Leben tatkräftige Mitarbeit im Sinne des Kommunismus verlangen, ihnen aber keine wirkliche Eigenständigkeit zubilligen.“

Der Staatssekretär für Kirchenfragen in Ost-Berlin, Seigewasser, verweist evangelische wie katholische Kir-

chenführer in der letzten Zeit durchweg auf Verhandlungen mit den jeweiligen Bezirksverwaltungen, wenn sie sich an ihn wenden. Das gibt Pankow die Möglichkeit, nach Belieben etwaige Konzessionen der untergeordneten Beamten aus „höherer Einsicht“ umzustoßen und so die Willkür gegenüber den Kirchen zu perfektionieren. Sicherlich ist Pankow im Augenblick vor allem daran interessiert, einen Keil zwischen angeblich „fortschrittliche“ und angeblich „reaktionäre“ evangelische Kirchenführer zu treiben. Gleichzeitig aber setzt es auch sein Bemühen fort, Laien und kirchliche Hierarchie im katholischen Bevölkerungsteil zu entzweien, indem die einen unter immer massiveren Druck gesetzt, die anderen immer aggressiver diffamiert werden.

„Kirche unter dem Kreuz“ staatlicher Gewaltmaßnahmen — das gilt unterschiedslos für alle Christen in der SBZ. Karl Josef Hahn schreibt in der Zeitschrift „Hochland“, dem bedeutenden demokratischen Diskussionsforum gerade auch für die katholischen Laien:

„So traditionell und simplizistisch sich dieser kommunistische Atheismus heute noch formuliert — eine an sich lächerliche Verdünnung des Materialismus des neunzehnten Jahrhunderts —, so sehr ist es ihm gelungen, wenn auch mit Hilfe brutaler Gewalt und schärfsten polizeilichen Zwanges, die Religionslosigkeit zum offiziellen Status des Staatsbürgers zu machen. Gewiß ist das eine wesentlich andere Form der Gottlosigkeit als der Unglaube unserer westlichen Kultur. Mit ihr ist ein Gespräch oder eine Koexistenz nicht möglich. Sie erinnert den Christen daran, daß es nicht an seinem guten Willen und seiner richtigen Einsicht allein liegt, ob Unglaube in der Welt ist oder nicht.“

FÜHRER UND FUNKTIONÄR IN DER DEUTSCHEN POLITIK

von Hermann Ehlers

Wir beginnen hier mit dem Abdruck eines noch weitgehend unbekanntem Vortrages, den D. Dr. Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestags von 1949 bis 1954, dessen Todestag sich am 29. Oktober d. J. zum siebentenmal gefährt hat, im Februar 1954 — also zur Zeit des Arbeitsbeginns des Zweiten Bundestages — anlässlich einer Semesterabschlußfeier der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin hielt. Seine Ausführungen haben, so meinen wir, in den vergangenen Jahren nicht an Bedeutung verloren. Sie erschienen erstmals 1956 in der „Schrittenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin“ des Colloquium-Verlages Otto H. Hess, Berlin-Dahlem (28 Seiten, DM 1,50), dem wir für die Abdruckgenehmigung dankbar sind. Das Manuskript konnte von Hermann Ehlers nicht mehr selbst durchgesehen werden. Es wurde für den Druck von Ministerialrat Friedrich Karl Schramm, dem langjährigen persönlichen Referenten des verstorbenen Bundestagspräsidenten, und von dem Schriftleiter dieses Blattes bearbeitet.

Das Thema „Führer und Funktionär in der deutschen Politik“ stellt sich uns nicht nur aus theoretischen oder wissenschaftlichen Erwägungen, sondern zweifellos mitten aus der Praxis unseres politischen Lebens; denn wir stehen doch jeden Tag vor der Frage und Sorge, ob nicht unter uns irgendwelche Kräfte wieder lebendig werden, die die langsam wachsende Pflanze „Demokratie“, d. h. eine ruhige, vernünftige und sachgemäße Entwicklung unseres politisch-parlamentarischen Lebens in unserem Vaterland gefährden könnten.

Ich habe mir deshalb keinen Augenblick überlegt, ob es richtig ist, über „Führer und Funktionär“ zu sprechen. Allerdings ist die Frage, ob man diese beiden Begriffe zusammen behandeln soll, nicht ohne weiteres zu bejahen. Ich hätte mir vorstellen können, daß man auch isoliert von der Bedeutung des Führers wie in einem ganz anderen Zusammenhang von der des Funktionärs hätte sprechen können. Im Laufe dieser Ausführungen wird sich jedoch herausstellen, daß es nicht unbedingt falsch ist, über beide zugleich zu reden und Besorgnisse und Fragen für beide auszusprechen; denn wir werden erkennen, daß zumindest gewisse Hintergründe für beide in gleicher Weise gelten.

Wenn man allerdings davon ausgeht, wie das Problem von Führer und Funktionär in der deutschen Politik und in der Politik allgemein gesehen worden ist, erscheint unser Thema von vornherein anfällig. Insbesondere auf die deutsche Politik konkretisiert, ist es wie eine Frage, die die Antwort „Nein“ bereits in sich schließt, zumindest aber für viele die Versuchung in sich birgt, beide aus der Stimmung der Vergangenheit und Gegenwart kompromißlos abzulehnen — den „Führer“ aus der geschichtlichen Entwicklung der letzten 21 Jahre und den „Funktionär“, ohne sich vielleicht im einzelnen darüber klar zu sein, was er alles umschließt oder nicht umschließt —, weil sie eben aus Prinzip oder instinktiv dagegen sind. Man kann natürlich, um diese generelle Ablehnung zu untermauern, sehr primitiv formulieren, indem man etwa sagt (ich bitte, das nun nicht als meine endgültige, sondern einmal als eine etwas flache Beschreibung zu nehmen), daß der Führer derjenige sei, der anderen seinen Willen aufzwingt, und der Funktionär derjenige, der den Willen — meist anonymen Dritter — ohne eigene Meinung ausführt.

Sie verstehen selbst, daß das beides zu flach und zu primitiv ist, aber ich sage es hier bewußt einmal, weil ich glaube, daß manche, die mit solchen Begriffen in Berüh-

rung kommen, versucht sind, das so primitiv zu sagen und abzulehnen. Und wenn ich hier etwas tun möchte, so zunächst dies, daß ich für den vernünftig gesehenen Führer und für den vernünftig gesehenen Funktionär eine Lanze breche, um dieser von vornherein bestehenden Ablehnung entgegenzutreten, um dann die Besinnung daran zu knüpfen: welche Gefahren diese Erscheinungsformen des politischen Lebens in sich tragen und welche Möglichkeiten es gibt, um ihnen zu begegnen.

Keine gestaltlose Masse

Also zunächst zum Führer — wobei es unwichtig ist, ob man einen Caudillo, einen „Führer“, einen Duce oder einen Malenkow meint, denn der Führer läßt sich nicht nur aus der Erfahrung des „Dritten Reiches“ und anderer totalitärer Staaten beschreiben. Natürlich ist für uns das totalitäre zunächst einmal das besonders sichtbar gewordene Bild eines politischen Führertums mit all seinen katastrophalen Auswirkungen, aber eben doch nur eins. Wenn wir uns in der Geschichte, wenn wir uns in der Soziologie auskennen, wenn wir menschliche Lebensbereiche und menschliche Zusammenschlüsse in vernünftiger Weise betrachten, dann sehen wir, daß es in der Politik wie im Leben überhaupt immer Führung und Gefolgschaft gegeben hat und daß es sie immer geben wird. Das leugnen zu wollen und zu meinen, daß es eine gestaltlose Masse geben könnte, aus der theoretisch niemand herausragen dürfe, wäre eine falsche, eine vermessene Vorstellung. Wohin das Prinzip einer gestaltlosen Masse führt, haben wir ja in den letzten Jahrzehnten mit Erschrecken kennengelernt. Wir sollten also vor solchen Erwägungen geschützt sein.

Ich will nicht historisch werden und ausführlich etwa das wiedergeben, was Machiavelli von seinem Fürsten sagt. Man könnte daraus natürlich sehr interessante Erkenntnisse hinsichtlich der Methoden schöpfen, mit denen ein Fürst, ein Führer sein Volk in Bewegung, d. h. Menschen hinter sich zu bringen und seinen Staat nach seinen eigenen Zielen zu gestalten vermag. Es ist nur zu raten, daß man das liest und nicht an der Erinnerung haften bleibt, daß Friedrich der Große einen Anti-Machiavelli geschrieben hat. Könnte es nicht sein, daß Machiavelli in vielen Dingen recht gehabt hat? Doch das ist hier im einzelnen nicht abzuhandeln.

Außere Begrenzung der Macht

Da es aber Führung und Gefolgschaft immer gibt und geben wird, stehen wir vor der Frage: Gibt es in einer solchen Führung immer den Drang, die damit gegebene Position hemmungslos und in nicht mehr faßbarer Weise auszuweiten? Ich glaube, daß das ohne weiteres bejaht werden kann und keines besonderen Beweises bedarf. Das ist nicht eine Erkenntnis aus fernen Zeiten — also etwa aus den Zeiten, in denen Machiavelli schrieb —, es ist eine Erkenntnis aus den Zeiten des Absolutismus, es ist eine Erkenntnis aus unserer Zeit, es ist auch eine Erkenntnis aus der so viel gerühmten Demokratie. Wir müssen uns alle darüber klar sein, daß die Versuchung für den Einzelnen, für Menschen, die im parlamentarisch-politischen Leben stehen, die etwa die Chance haben, eine Rede zu halten und sie mit Hilfe von Lautsprechern zu verbreiten, immer da ist, diese Macht zu verstärken und auszudehnen, d. h. immer mehr Menschen unter die Botmäßigkeit dieser Macht zu bringen. Wenn das aber so ist, dann steht sofort die zweite Frage vor uns: Wie ist dieser Hang zur hemmungslosen Ausdehnung der Macht und zum Mißbrauch des Führertums zu begrenzen?

Ich will hier einmal einige Faktoren nennen, die aus der geschichtlichen Erfahrung heraus eine Begrenzung solcher Macht darstellen können: Eines der besten Gegenmittel ist es, eine zweite Macht aufzurichten, die eine Ausdehnung der ersten automatisch begrenzt. Das ist zweifellos

ein politisches Prinzip und ein richtiges politisches Prinzip; und jedermann weiß, daß dieses Prinzip in unserem Staatswesen, wie überhaupt in der Weltpolitik von heute, eine sehr beachtliche und notwendige Rolle spielt. Macht, Ausdehnungsbestreben der Macht, wird durch dagegen-gestellte Macht begrenzt — das gilt nicht nur außenpolitisch, es gilt auch innenpolitisch. Was ist denn schließlich das Balance-System von Parteien? Was sind Regierungspartei und Opposition im innenpolitischen oder parlamentarischen Leben anderes als Versuch und Möglichkeit, politische Macht und politische Führungsansprüche durch entgegengesetzte Macht einzugrenzen?

Innere Begrenzung der Macht

Das zweite, was nun nicht in dieser — ich möchte fast sagen: mechanischen — Weise, sondern mehr im geistigen Bereich wirksam wird, das ist die Begrenzung des Führertums aus inneren Antrieben. Wir haben — um ein Beispiel aus der preußischen Geschichte zu nennen — eine gewisse Vorstellung davon, welche Ideen etwa Friedrich Wilhelm I. von der Bedeutung seines Königtums und der Durchsetzungskraft des darin sichtbar werdenden Führertums im politisch-militärischen wie gesamtstaatlichen Bereich hatte. Und wir wissen, daß dieser Mann gleichzeitig imstande war, sich als einen „Amtmann Gottes“ zu beschreiben und damit deutlich zu machen, daß er selbst in sich eine Grenze aus einem ganz anderen Bereich aufrichtete, die ihn hinderte, seine Machtansprüche über Gebühr auszudehnen, oder von der er sich — da niemand davor gesichert ist, daß es dennoch geschieht — immer wieder in das ihm gesetzte Maß zurückrufen ließ. Hier liegt vielleicht eine der zentralen Fragen: die Frage nach dem christlichen Staatsmann, dem christlichen Politiker. Wir haben sie mit allem Ernst zu stellen, wenn wir denn der Meinung sind, daß es überhaupt in der Welt innere Triebkräfte gibt, die eine automatische Ausdehnung des Machtstrebens des Einzelnen zu begrenzen imstande sind.

Teilung der Gewalten

Und das dritte: Es ist — auf einer etwas anderen Ebene — der Versuch, durch bestimmte Verfassungskonstruktionen das Ausdehnungsbestreben irgendeiner Gruppe oder Macht im Staate zu begrenzen, also etwa das, was wir seit John Locke und Montesquieu unter der Teilung der Gewalten im Staate verstehen. Das bedeutet nichts anderes, als im Staate die eine Gewalt gegen die andere so abzugrenzen, daß die eine nicht überhandzunehmen und die andere beiseitezuschieben vermag. Ob dieses System funktionieren konnte und heute noch funktionieren kann, ist allerdings eine Frage, die zweifelhaft erscheint. Es bedarf jedoch keiner besonderen Beweisführung, daß es zur Gesamtproblematik der Begrenzung des Dranges nach hemmungsloser Ausdehnung einer Macht und eines Führertums gehört.

Daß es notwendig ist, diese Begrenzung im politischen Bereich vorzunehmen, ist nicht nur eine theoretische Erkenntnis: Ob ich nun in die englische Geschichte hineingehe und etwa betrachte, was sich mit dem Namen Cromwell verbindet, ob ich die Revolution von unten — um es einmal anders zu beschreiben — ansehe oder ob ich mir vorstelle, was sich im Zusammenhang mit dem Verfassungskonflikt in der ersten Zeit der Ministerpräsidentenschaft Bismarcks abspielte — immer sind das ganz praktische Beispiele dafür, daß solche Begrenzung in den verschiedensten Formen mit unterschiedlichen Erfolg oder Mißerfolg versucht wurde, daß sie aber auf jeden Fall unumgänglich und dringlich ist. Und man wird mit mir der Meinung sein, daß das, was wir in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, insbesondere im Bereich der sogenannten autoritären Staaten, die Dringlichkeit dieser Begrenzung noch deutlicher macht, und daß wir,

da es eben nicht nur um belanglose kleine Machtverschiebungen, sondern um die Existenz von Völkern und Staaten, wie überhaupt um die Freiheit auf dieser Erde geht, einfach genötigt sind, uns darüber Gedanken zu machen. Die kennzeichnende Bedeutung der letzten Jahrzehnte liegt nun einmal darin, daß die Möglichkeiten einer Beschränkung des Ausdehnungsbestrebens politischen Führertums, die wir früher gehabt haben, weitgehend zerstört wurden.

Wenn ich vorhin — so etwas bieder und vielleicht altfränkisch — gesagt habe, man könne die Macht dadurch begrenzen, daß man Macht dagegenstelle, dann brauchen wir uns nur die Geschichte des Hitlerstaates oder die Geschichte des kommunistischen Rußlands vor Augen zu halten, um eine Vorstellung davon zu gewinnen, daß es Lagen gibt, in denen — jedenfalls für eine gewisse und manchmal auch auf unabsehbare Zeit — die Möglichkeit, Macht durch Macht zu begrenzen, überhaupt nicht mehr gegeben ist. Denn das, was an innerpolitischem Widerstand vorhanden war, hat ein Hitler eben in kürzester Frist hinweggefegt, mit welchen Mitteln, wissen wir alle. Und was seinem Machtstreben an außenpolitischen Positionen entgegenstand, hat er — mindestens für Jahre — ebenfalls auszuschalten verstanden. Vielleicht ging das gerade deswegen, weil viele der Leute, mit denen er zu tun hatte, sich über die wirklichen Auswirkungen und Hintergründe des brutalen Ausweitungswillens überhaupt keine Vorstellungen machen konnten. Sonst wäre ja das Verhalten etwa Englands und Frankreichs zur Zeit der Münchener Konferenz und zur Zeit der Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939 nicht zu erklären. Der „automatische Stopp“ des Machtausdehnungsstrebens politischen Führertums ist also oft genug einfach weggeschwemmt und kann damit seine Funktion nicht mehr erfüllen. Dennoch ist es — um beim deutschen Beispiel zu bleiben — zu einer Koalition, einer Zusammenfassung

von Gegenmacht, gekommen, die schließlich zum 8. Mai 1945 führte. Ich glaube aber, daß wir uns in einer verhängnisvollen Überschätzung solcher Möglichkeiten befinden, wenn wir meinen, daß das immer automatisch so sein müßte. Es könnte einmal politische Zustände auf der Welt geben, die infolge der Ausdehnung des Machtstrebens totalitärer Staaten die Aufrichtung einer Gegenposition rein machtmäßiger Art nicht mehr möglich machen.

Glauben und Politik

Zum zweiten: Ich habe von der inneren Begrenzung und in diesem Zusammenhang von Friedrich Wilhelm I., dem „Amtmann Gottes“, gesprochen. Ich fürchte, daß auch diese Begrenzung in den letzten Jahrzehnten oder sogar zwei Jahrhunderten in sehr starkem Maße an Wirksamkeit verloren hat. Es hängt doch mit der Säkularisation unseres ganzen Lebens zusammen, daß für zahllose Menschen, die in einer politischen Verantwortung stehen, solche inneren „Bremsen“ eben keine Bremsen mehr sind, sondern daß sich diese Menschen nur noch auf brutale äußere Machtpositionen verlassen. Es erhebt sich die — zweifellos etwas gefährliche — Frage, ob nicht der weltanschaulich neutrale Staat, der aus einer historischen Entwicklung von Jahrhunderten heraus gewachsen ist, der durch unsere Verfassung garantiert wird und den wohl ernsthaft keiner von uns heute beseitigen will, in seiner letzten Auswirkung mit dazu geführt hat, daß außerordentlich viele Bindungen innerer Art fortgefallen sind. Wird nicht gerade an dieser Stelle die so oft bestrittene innere Beziehung zwischen Glauben und Politik deutlich, weil sich eine bestimmte glaubensmäßige Position mit ihren Einschränkungen und mit ihren Hemmungen auch unmittelbar in den politischen Raum hinein auswirkt?

Fortsetzung in der Januar-Ausgabe

ABSCHAFFUNG GOTTES?

Es liegt uns daran, unsere Leser in dieser Ausgabe noch mit einem weiteren Buch vertraut zu machen, das besondere Aufmerksamkeit verdient. In der Reihe „Kirchenkunde für alle“ des Quell-Verlages, Stuttgart, erschien im Herbst d. J. aus der Feder von Pfarrer Dr. Hans-Gerhard Koch ein ebenso allgemeinverständliches wie grundlegendes Werk über den Atheismus: „Abschaffung Gottes? — Der materialistische Atheismus als heutige Existenzform — Geschichte, Problematik, Widerlegung“ (292 Seiten, Leinen DM 16,80). Unser Mitarbeiter Dr. Johannes Kurt Klein schreibt dazu:

Es ist kein Zufall, daß katholische Autoren in der Interpretation, Kommentierung und Widerlegung des Dialektischen Materialismus, der philosophischen Grundlage der Sowjetideologie, stärker in den Vordergrund getreten sind als evangelische Wissenschaftler. Wetter, Bochenski, Niemeyer, Falk, Karisch — um nur einige zu nennen — haben wesentlichen Anteil an der Erarbeitung kritischer Positionen für die Auseinandersetzung mit dem Dialektischen Materialismus und seiner politischen Wirklichkeit. Ihre spezifisch katholischen Denkansätze wurden in ihren Arbeiten immer wieder als maßstabgebende Kriterien sichtbar. Der evangelische Christ erhielt dadurch große Hilfen, war jedoch im letzten Bezug auf sich selbst zurückgeworfen, wo die katholische Beweisführung für ihn keine Bindekraft entfalten konnte.

Das Werk von Hans-Gerhard Koch schließt eine in vieler Hinsicht spürbare Lücke. Es ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Dialektischen Materialismus, die aus tiefstem Grunde evangelisch ist. Koch untersucht die atheistische Gedankenwelt unter dem Aspekt

der Mitschuld von Kirche und Christentum, und seine Widerlegungen fußen nur auf der Schrift und einem ebenso klaren wie empfindsamen lutherischen Gewissen. Da ist nirgendwo das begriffszersetzende Bemühen um einen Kompromiß mit der „von Gott verhängten Geißel Kommunismus“. Überall spricht der sauber denkende und ehrlich argumentierende Theologe, gewachsen und gereift in langjähriger sowjetischer Gefangenschaft und im harten Pfarrdienst der Zone. Koch hatte den Mut, sich als evangelischer Pfarrer auf einen Briefwechsel über den Atheismus mit dem Zentralkomitee der SED einzulassen und dem kommunistischen Kultusminister Becher in einem Gespräch offen entgegenzutreten. Er ist darum im echten Sinne berufen, ein Urteil abzugeben über das Spannungsverhältnis zwischen Christentum und Materialismus. Wie anmaßend wirkt demgegenüber der Versuch gewisser westdeutscher Theologen, ohne ausreichende sachliche und menschliche Voraussetzungen Urteile zu fällen und Verhaltensweisen zu empfehlen, die auf einen Verrat am Evangelium hinauslaufen.

Kochs wissenschaftliche Leistung liegt in einer sehr exakten und peinlich genau mit Quellen belegten Untersuchung des materialistischen Atheismus. Die von den Kommunisten für sich okkupierte atheistische „Tradition“, von Prometheus bis Feuerbach, wird schrittweise aufgedeckt und auf ihre reale Bedeutung hin untersucht. Dabei erscheint die Funktion von Marx und Engels in einem ganz neuen Licht. Beide „Klassiker des Materialismus“ wirkten an erster Stelle wie ein Prisma, in dem sich alles materialistische und atheistische Gedankengut, das ihnen aus der Menschheitsgeschichte zugänglich war, sammelte. Ihre eigentliche Leistung ist das Verschmelzen

Als Taschenbuch in einmaliger Sonderauflage erschien:

Walter Künneth

POLITIK ZWISCHEN DÄMON UND GOTT

Eine christliche Ethik des Politischen

420 Seiten, broschiert DM 4,85
(Preis der Originalausgabe DM 28,—)

Bundestagspräsident D. Dr. Hermann Ehlers sagte bei Erscheinen der Originalausgabe im Jahre 1954, daß „die fünf Teile des Buches wirklich alle uns begegnenden Probleme umfassen“, und Oberkirchenrat Adolf Cillien urteilte: „Es ist das Buch, auf das wir evangelischen Politiker lange vergebens gewartet haben“.

Der Autor versteht unter politischer Ethik die zusammenfassende, systematisch geordnete Darstellung der Grundsätze und der konkreten Erkenntnisse, welche die politische Wirklichkeit sowie das praktische Verhalten des einzelnen Menschen in der politischen Entscheidung zwischen Gott und Dämonie auf dem Grund der Begegnung mit der biblischen Offenbarungsbotschaft bestimmen.

Diese theologisch-wissenschaftliche Besinnung ist nicht zu trennen von der seelsorgerischen Absicht, auch eine Lebenshilfe für die Menschen zu bieten, die verantwortlich in den politischen Auseinandersetzungen stehen. Das Spannungsverhältnis zwischen „Politik“ und „Ethos“ ist ein Gravitationspunkt menschlicher Entscheidungen überhaupt, der Ort, an welchem die Würfel über Völkerschicksale und über die Einzelexistenz des Menschen fallen.

LUTHERISCHES VERLAGSHAUS BERLIN

jener Gedankenlinien, die ihnen als „Beweise“ der eigenen politischen und weltanschaulichen Grundhaltung gelegen kamen. Was nicht in ihr Konzept paßte, wurde verschwiegen oder nur entstellt zitiert. So entstand der Eindruck, als seien Marx und Engels glaubwürdig durch eine gradlinige historische Verankerung. Die atheistische Propaganda des Sowjetsystems verstärkte diesen Eindruck, indem sie den Kommunismus als Gipfelpunkt der Entwicklung des kritischen Menschengestes hinstellt, Religion und Glauben dagegen als Irrwege des homo sapiens.

Die Konsequenz der Empörung gegen Gott

Koch ist in seiner Beweisführung viel zu lauter, um zu übersehen, daß Marx und Engels Kulminationspunkte jener Bewegung sind, die den Menschen als autonomes, von Gott unabhängiges Wesen versteht und ihn in der Auflehnung gegen die Bindung an einen Schöpfer (vielleicht auch in der Angst davor!) selbst zum Maß aller Dinge erhebt. Der göttliche Heilsplan soll überwunden werden durch ein diessseitiges Heilsprogramm. Sein politisches Endziel rechtfertigt jedes Mittel und jede Unmenschlichkeit. Um des „kommunistischen Paradieses“ willen wird Generationen das Leben zur Hölle gemacht. Das ist die Konsequenz der Empörung gegen den lebendigen Gott.

Koch untersucht aus dieser Perspektive die rationale wie die emotionale Komponente der materialistischen Ersatzreligion. Er versteht sie als „Protest gegen Schuld von Kirche und Christenheit“. Daß Koch dabei nicht die Gedankenbahnen der Barthianer beschreitet und die Kirche selbst in Frage stellt, macht sein Werk zu einem gewichtigen Wort auch in der innerevangelischen Auseinandersetzung. Es ist wohlthuend, dem positiven Kirchenbegriff Kochs auf Schritt und Tritt zu begegnen; er ist alles andere als unkritisch, umfaßt Fehler und Vorzüge der Kirche und auch die Problematik ihrer Bindung an weltliche Mächte. Koch ist sich aber auch gleichzeitig

der zeitbegrenzten Gültigkeit seines Urteils gewiß. Er versteht sich selbst — genauso wie die jeweilige Gestalt der Kirche — aus der historischen Bedingtheit. So maßt er sich nicht an — wie manche seiner barthianischen Kollegen —, Richter über die Kirche zu sein, sondern begreift deren Fehler als Mahnung zur Besinnung und Buße. Unter diesem spezifisch evangelischen Aspekt wird der materialistische Atheismus auch als „Anfechtung für Kirche und Glauben“ (S. 184) verstanden.

Warnung vor falschen Synthesen

In einer glänzenden Gegenüberstellung des materialistischen Atheismus und des christlichen Glaubens (S. 189 ff.) grenzt Koch jene Argumente ab, auf die Kirche und Christenheit zu hören haben. Er stellt sie den evangeliumsfremden Begründungen gegenüber und warnt klar und unüberhörbar vor „falschen Synthesen“ (S. 194):

„Der materialistische Atheismus bewahrt durch seine bewußte und gewollte Gottlosigkeit die Kirche und die Christen davor, sich auf oberflächliche Analogien und vorschnelle Synthesen einzulassen, wie sie bisweilen angestrebt werden. Der materialistische Atheismus selbst ist meistens frei von solchen falschen Brückenschlag-Stimmungen, aber zwischen den Fronten irren einige Menschen und Gruppen umher, die sowohl das eine als auch das andere wollen, aber dabei nirgends wirklich zu Hause sind. Die geistliche Stellungnahme zum materialistischen Atheismus steht und fällt mit der Frage, ob dieser grundsätzlich bereit ist, dort wo er Macht und Einfluß besitzt, die Menschen mit ihrem christlichen Glauben voll anzuerkennen und sie ihres Glaubens leben zu lassen. In einer Anpassung an den materialistischen Atheismus, selbst wenn sie noch so geschickt untermauert oder begründet ist, kann die Lösung nicht gesehen werden, es sei denn, daß man die Verantwortung für ein verkürztes und gestutztes Evangelium zu tragen bereit ist. Die entscheidenden Erkenntnisse sind bereits 1934 in den Barmer Thesen formuliert worden. Sie gelten trotz dem gewandelten Gegenüber heute noch in vollem Umfang und machen jede Verkürzungs-Theologie in den ideologischen Grundlagen ungläubwürdig.“

In dieser gedanklich und sprachlich klaren Form, immer auf das Wesentliche gerichtet, ist das gesamte Buch Kochs abgefaßt, dem ein ungewöhnlich ausführliches Literaturverzeichnis und exakte Quellen — wie Registerangaben beigegeben sind. So ist das Werk für Laien und Fachleute gleichermaßen verständlich und unentbehrlich für jeden, der um eine evangelische christliche Position gegenüber dem Materialismus bemüht ist. Kein Theologe, der glaubwürdig erscheinen will, kann heute an den von Koch erarbeiteten Grundlagen vorbeigehen. Kein Laie, dem es ernst ist mit seinem täglichen Lebensbezug zu Jesus Christus, kann ohne die Hilfen zurechtkommen, die Koch zu geben in der Lage ist. Kein Publizist und erst recht kein Politiker, der Verantwortung trägt, kann den Gegner im Osten verstehen, wenn er nicht den Gedankenweg Kochs nachzuvollziehen in der Lage ist.

Wir sind der Auseinandersetzung mit dem totalitären System des Kommunismus nur dann gewachsen, wenn wir die Denkvorentscheidungen und spezifischen Begriffsinhalte des Gegners kennen und ihm nicht nur in bloßer Ablehnung gegenüberstehen, sondern in uns die Maßstäbe einer eigenen, festgefügteten Wertwelt besitzen. Das Wissen um den atheistischen Materialismus und seine politische Wirklichkeit und der Glauben an Christus und seine wirkende Kraft in der Welt gehören zusammen. Beide erst ergeben ein Gegengewicht zum Totalitarismus. Fehlt eine der beiden Voraussetzungen, unterliegen wir in der Auseinandersetzung mit dem Osten.

Dies klargemacht und gleichzeitig das Rüstzeug vermittelt zu haben, ist das Verdienst Hans-Gerhard Kochs und des Stuttgarter Quell-Verlages.